

E-Government Bayern und Brandenburg kooperieren

[11.12.2020] Eine Kooperationsvereinbarung zur Digitalisierung der Verwaltung haben jetzt Bayern und Brandenburg geschlossen. Brandenburg wird damit auch Teil einer Entwicklungsgemeinschaft, der bislang Bayern, Hessen und der Bund angehören.

Brandenburg und Bayern haben eine Kooperationsvereinbarung zur Digitalisierung der Verwaltung geschlossen. Das teilen jetzt das Bayerische Staatsministerium für Digitales und das Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg mit. Brandenburg bringt demnach vor allem seine Erfahrungen aus dem OZG-Themenfeld Ein- und Auswanderung in die Kooperation ein. Bayern steuere sein Know-how zu E-Government-Infrastrukturen bei. Durch die Kooperation werde Brandenburg außerdem Teil einer Entwicklungsgemeinschaft, die bislang aus Bayern, Hessen und dem Bund besteht. Die vier Partner wollen laut Ministeriumsangaben gemeinsam Software für E-Government-Servicekonten weiterentwickeln. "Wir freuen uns sehr, mit Brandenburg einen weiteren wichtigen Partner beim E-Government-Ausbau an unserer Seite zu haben", kommentiert Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach die neue Vereinbarung. "Die Digitalisierung unserer Verwaltung ist ein umfassendes und grenzüberschreitendes Vorhaben. Deshalb ist es sinnvoll, hier unsere Kräfte zu bündeln. Gemeinsam bringen wir die digitale Verwaltung in Deutschland voran. Das ist ein echter Win-win-Effekt für beide Länder." "Die Zusammenarbeit mit Bayern ist ein wichtiger Meilenstein für den Ausbau des E-Government in Brandenburg", sagt Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen. "Es freut mich, einen so starken Partner an unserer Seite zu wissen. Beide Seiten profitieren von der Kooperation. Nur gemeinsam kann die Digitalisierung der Verwaltung gelingen." Wie das bayerische Digitalministerium weiter mitteilt, entwickelt der Freistaat seit dem Jahr 2012 wichtige Grundlagen für ein zentrales E-Government-Portal. Mit dem BayernPortal soll es möglich werden, Verwaltungsvorgänge digital und medienbruchfrei abzuwickeln. Wesentliche Motivation sei die Bereitstellung einer zentralen Infrastrukturplattform für E-Government-Angebote im Freistaat. Bayern verfolge außerdem das Ziel, mit dem Bund und anderen Bundesländern Kooperationspartnerschaften einzugehen, um das E-Government in Deutschland gemeinsam voranzubringen. Der Freistaat wolle damit erreichen, dass die für Bayern entwickelten E-Government-Angebote einfach, komfortabel

und medienbruchfrei genutzt und gemeinsam weiterentwickelt werden können. (ve)

<http://www.mik.brandenburg.de>

<https://www.stmd.bayern.de>

Stichwörter: Politik, Bayern, Brandenburg, Hessen, OZG, BayernPortal

Quelle: www.kommune21.de